Antrag auf Aufhebung der Bestimmung einer Dauergrünlandfläche als umweltsensibel

LAND BRANDENBURG

Landesamt für Ländliche Entwicklung,
Landwirtschaft und Flurneuordnung

Gutshof 7

14641 Paulinenaue

Eingangsstempel

Aktenzeichen:.....

1.1 Allgemeine Angaben

BNR-ZD
Nummer des Betriebsinhabers
auf der Zentralen Datenbank

Ggf. Titel

Name / Unternehmensbezeichnung der antragstellenden Person

Vorname / ggf. noch Unternehmensbezeichnung der antragstellenden Person

Verantwortliche/r Leiter/in, wenn von obigen
Angaben abweichend (Vollmacht ist beizufügen; sie soll nicht älter als 3 Monate sein)

1.2 Anschriften

Postanschrift

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Unternehmenssitz (falls abweichend)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Telefon-Nr. (mit Vorwahl) Ggf. Mobil-Telefon-Nr. Fax-Nr. (mit Vorwahl)

ggf. E-Mail-Adresse

2. Angaben zu den Flächen

Ich beabsichtige folgende, nach § 12 Abs. 1 GAPKondG umweltsensible Flächen nicht mehr landwirtschaftlich zu nutzen und beantrage hierfür die Aufhebung der Bestimmung dieser Flächen als umweltsensibel:

Lfd. Nr.	Feldblock FLIK DEBBLI-…..	Parzellennummer	Fläche in ha[1]	Zeitpunkt des Beginns der nicht landwirtschaftlichen Nutzung
1				
2				
3				
4				
5				
		Summe:		

3. Angaben und Erklärungen zur geplanten nichtlandwirtschaftlichen Nutzung

Ich beabsichtige die unter Pkt. 2. angegebenen Flächen für die Durchführung (zutreffendes Ankreuzen)

☐ eines nach anderen Rechtsvorschriften genehmigungspflichtigen Vorhabens zu nutzen. Dem Antrag ist eine Kopie der dafür erteilten Genehmigung beizufügen.

☐ eines nach Bauordnungsrecht oder nach anderen Vorschriften anzeige- oder mitteilungspflichtigen Vorhabens zu nutzen. Dem Antrag ist eine Kopie der erstatteten Anzeige oder Mitteilung beizufügen.

Datum, an dem die Anzeige oder Mitteilung gegenüber der zuständigen Stelle abgegeben wurde:	

Ich bestätige, dass die von mir zu vertretenden Voraussetzungen vorliegen, damit nach Bauordnungsrecht oder nach anderen Vorschriften mit der Ausführung begonnen werden darf.

☐ eines nach § 34 Absatz 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes anzeigepflichtigen Projekts zu nutzen.

Ich bestätige, dass

- das Projekt nach § 34 Absatz 6 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes angezeigt worden ist;
- die zuständige Behörde das Projekt innerhalb der einzuhaltenden Frist nicht untersagt hat;
- die zuständige Behörde keine Beschränkung verfügt hat, die die beabsichtigte Nutzung ausschließt, oder
- die zuständige Behörde mitgeteilt hat, weder eine Untersagung des Projektes noch eine Beschränkung, die die beabsichtigte Nutzung ausschließt zu verfügen.

☐ eines anderen Vorhabens zu nutzen: _____

_____

[1] Die Angabe ist bis auf 4 Nachkommastellen genau vorzunehmen.

4. Anlagen

Zur Begründung meines Antrages füge ich folgende Unterlagen bei:

☐ Ausdruck der aktuellen Schlagkarte/n aus dem Agrarförderantrag zu allen Flächen, für die die Aufhebung der Bestimmung als umweltsensibel beantragt wird, mit Angabe des FLIK und der Parzellennummer; beantragte Teilflächen einer Parzelle sind genau zu markieren.

☐ Kopie der erteilten Genehmigung, sofern die Dauergrünlandfläche für ein Vorhaben genutzt werden soll, das nach anderen Rechtsvorschriften genehmigungspflichtig ist.

☐ Kopie der erstatteten Anzeige oder Mitteilung, sofern die Dauergrünlandfläche für ein Vorhaben genutzt werden soll, das nach Bauordnungsrecht oder nach anderen Vorschriften anzeige- oder mitteilungspflichtig ist.

☐ Ggf. weitere Unterlagen:

---

5. Erklärungen des Antragstellers:

☐ Bei dem vorliegenden Antrag handelt es sich um einen rückwirkenden Antrag auf Umwandlung bzw. Umpflügen von DGL, wobei die Umwandlung bzw. das Umpflügen von DGL nicht vor dem 01.01.2023 stattgefunden hat (falls zutreffend ankreuzen).

Die hier genannten Flächen sind auch im Antrag auf Genehmigung der Umwandlung von Dauergrünland enthalten.

Mir ist bekannt, dass die Umwandlung dieser Dauergrünlandflächen vor der Aufhebung der Bestimmung als umweltsensibel und ohne Genehmigung zur Umwandlung ggf. rechtswidrig ist und einen Verstoß gegen die Verpflichtungen zur Konditionalität (GLÖZ-Standards) darstellen kann.

Ich bin damit einverstanden, dass gemäß den Bestimmungen des BbgDSG die von mir angegebenen personenbezogenen Daten elektronisch verarbeitet werden. Dies schließt ein, dass sich die zuständigen Behörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des BbgDSG im Rahmen der Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag gemäß § 11 BbgDSG auch anderer öffentlicher oder privater Stellen bedienen dürfen.

Ich bestätige, dass die von mir in diesen Anträgen und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift der antragstellenden Person oder deren Vertretungsbefugten